

An den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Ao Univ.- Prof. Dr. Martin Polaschek  
zH Mag.<sup>a</sup> Gudrun Haberl-Trampusch  
Minoritenplatz 5  
1010 Wien  
Per E-Mail: [martin.polaschek@bmbwf.gv.at](mailto:martin.polaschek@bmbwf.gv.at)  
[gudrun.haberl-trampusch@bmbwf.gv.at](mailto:gudrun.haberl-trampusch@bmbwf.gv.at)

Wien, am 30.1.2023

**GZ 2022-0.802.282 - Entwurf Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan  
2023/24 - 2025/26**

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die Fachhochschul-Konferenz, als Vertreterin aller 21 österreichischen Fachhochschulen, weist den vorliegenden Entwurf des Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplans 2023/24 - 2025/26 auf Grundlage eines einstimmigen Vorstandsbeschlusses in seiner Gesamtheit entschieden zurück. Gleichzeitig fordern wir Verhandlungen auf Augenhöhe unter Einbindung der Sozialpartner und der ÖH.

Der Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan ist das strategische Planungsinstrument des Bundes für die Entwicklung des Fachhochschulsektors und die Finanzierung der Studiengänge (vgl. § 2a FHG). Beim vorliegenden Entwurf handelt es sich um den bislang - mit Abstand - unambitioniertesten, defensivsten und enttäuschendsten Plan seit Gründung des Sektors vor knapp 30 Jahren.

Im Februar 2022 hat die FHK mit ihrer „[Position zum Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan ab 2023/24](#)“ ein 30 Seiten starkes Forderungspapier abgegeben. Dieses beschreibt sehr genau die Maßnahmen, die von der Politik gesetzt werden müssen, um die Erfolgsgeschichte des Fachhochschulsektors weiterschreiben zu können. Im vorliegenden Entwurf findet sich keine diese Forderungen wieder.

Eine hinreichende Finanzierung (Abgeltung der inflationsbedingten Preissteigerung), ein quantitativer Ausbau von Studienplätzen, eine Erweiterung der inhaltlichen Disziplinen, eine Modernisierung von Rahmenbedingungen, ein Abbau überbordender Auflagen und Berichtspflichten, eine Stärkung der Internationalisierung, die dringend erforderliche Schaffung zeitgemäßer Grundlagen für Forschung & Entwicklung sowie die längst überfällige

Möglichkeit zur Einrichtung industrienaher Doktoratsstudiengänge usw. sind nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Der Fachhochschulsektor wird in seiner Leistungsfähigkeit regelrecht beschnitten und zurückgestutzt.

In Folge schwächt man damit nicht nur den Fachhochschulsektor selbst, sondern den gesamten österreichischen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es primär darum zu gehen scheint, einen ambitionierten, innovativen und dynamischen Hochschulsektor aktiv in die Schranken zu weisen.

Im Detail dürfen wir insbesondere folgende Punkte hervorheben:

- Der Entwurf des FH-EF-Plans schreibt die gegebenen Strukturen lediglich fort und räumt kaum Spielräume ein, um auf künftige - heute teilweise noch nicht absehbare - Entwicklungen einzugehen. Im Gegenteil, es ist in mehreren Punkten sogar ein Rückschritt festzustellen.
- Eine regelmäßige Anpassung der Fördersätze fehlt und die vorgesehene Teuerungsabgeltung
  - für 2023/24 mit 10% ist aufgrund der bereits im Vorjahr (2022) explosionsartig angestiegenen Inflation bereits faktisch verbraucht,
  - für 2024/25 mit 4,5% wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht annähernd ausreichen, um den zu erwartenden inflationsbedingten Preissteigerungen Rechnung zu tragen,
  - für 2025/26 fehlt gänzlich, was zu einer wirtschaftlich, organisatorisch und qualitätsmäßig nicht verkraftbaren (reellen) Kürzung führt und die Hochschulen in massive finanzielle Bedrängnis stürzt.
- Die gesetzliche Verpflichtung der Fachhochschulen zu angewandter Forschung & Entwicklung wird gänzlich ignoriert und die Finanzierung dieser Aufgabe zur Gänze offenbar an Dritte delegiert (Träger? Wirtschaft?).
- Jeglicher Ausbau des Studienangebots wird zum Stillstand gebracht (kein einziger zusätzlicher Studienplatz!), was einerseits die Fachhochschulen in ihrer weiteren Entwicklung hemmt und wodurch andererseits dringend erforderliche Qualifizierungsbedarfe unberücksichtigt bleiben. Der Fachkräftemangel wird dadurch noch verschärft. Besonders fragwürdig ist die fehlende Bereitstellung neuer Studienplätze vor dem Hintergrund, dass die Fachhochschulen gleichzeitig zur Einrichtung dualer Studiengänge angehalten werden.
- Inhaltlich wird ausschließlich der Bereich MINT betont, obwohl mittlerweile in so gut wie allen Berufen und Disziplinen eklatanter Mangel an qualifizierten Absolvent:innen und Mitarbeiter:innen zu verzeichnen ist (z.B. Wirtschaft, Gesundheit, Soziales etc.).

Darüber hinaus fehlt weiterhin eine Perspektive für Masterstudien in den Gesundheitswissenschaften.

- Die Klimakrise mit ihren dringlichen Forschungs-, Aus- und Weiterbildungsbedarfen spielt lediglich eine marginale Rolle und hierfür sind keinerlei Ressourcen bzw. Programmschienen vorgesehen.
- Die Fachhochschulen werden in ihren Aktivitäten zu Komplementarität verpflichtet. Dies wird jedoch nicht in gleicher Weise von den Universitäten gefordert. In der Konsequenz bedeutet dies, dass Fachhochschulen ihre Aktivitäten lediglich in jenen Bereichen entfalten dürfen, in denen Universitäten nicht tätig werden bzw., dass sie ihre Aktivitäten lediglich in Kooperation mit Universitäten durchführen dürfen, was monopolistische Strukturen und einseitige Abhängigkeiten im Hochschulsektor fördert und zu einer Lähmung der Innovationskraft führt.
- Die Fachhochschulen werden offenbar ausschließlich als regional bzw. lokal ausgerichtete Hochschulen angesehen und die gerade im Fachhochschulsektor so stark verankerte und für den österreichischen und europäischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts so wichtige Internationalität wird faktisch negiert (Studierende, Lehrende, Partnerschaften, Projekte etc.).
- Die Knüpfung von Finanzierungsmitteln an nicht von der Hochschule zu beeinflussende Faktoren, wie beispielhaft regional- oder lokalpolitische Erfolge in Betriebsansiedlungen, ist schwer nachvollziehbar und nährt Bedenken, dass damit eine Verlagerung von Ausbildungschancen von ländlichen, wirtschaftlich weniger prosperierenden Regionen hin zu industriell höher entwickelten Räumen einhergeht. Damit würde einer der „Gründungsgrundsätze“, Hochschulstudien auch in ländlichen Räumen zu ermöglichen, konterkariert.
- Der Entwurf des FH-EF-Plans sieht abermals keinerlei Möglichkeit zur Einrichtung von Doktoratsprogrammen im Fachhochschulsektor vor. Damit wird die Weiterentwicklung des Sektors dramatisch beschränkt und die jahrzehntelang bestehende „gläserne Decke“ prolongiert.

Dies ist umso unverständlicher als

- im benachbarten Deutschland (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen etc.) diese Möglichkeit in großem Stil geschaffen wird, was zu einem massiven Brain-drain an wissenschaftlichem Personal, Know-how und Ressourcen aus Österreich führen wird; zumal überdies attraktiv ausgestattete Doktoratsstellen an deutschen Fachhochschulen geschaffen werden, um Deutschland als Technologie- und Innovationsstandort wettbewerbsfähig zu halten;
- Fachhochschulen im Rahmen der von der Europäischen Kommission geförderten „European Universities“ zur Einrichtung von „Joint PhD Programmen“ verpflichtet sind und diese Aufgabe samt den hieraus erwachsenden Möglichkeiten nicht wahrnehmen können, was die betreffenden European

Universities sowie die in diesen engagierten österreichischen Fachhochschulen schwächt und einen weiteren wissenschaftlichen Brain-drain aus Österreich auslösen wird;

- österreichischen Privatuniversitäten diese Möglichkeit sehr wohl bereits mit ihrer Gründung zugestanden wird und sogar die neu geschaffenen Privathochschulen eine derartige Möglichkeit im Zuge eines stufenweisen Prozesses zugestanden wird (wobei jede Evidenz fehlt, wonach Privathochschulen/-universitäten forschungstärker wären als Fachhochschulen);
- damit eine „gläserne Decke“ geradezu zementiert wird. Es wäre - mit Blick auf die in der Bundesrepublik Deutschland bereits umgesetzten Konzepte sowie die europäischen Entwicklungen - dringend erforderlich, die wissenschaftliche Kompetenz in den Fachhochschulen für die Entwicklung von Hochschulpersonal zu nutzen.
- Dem Fachhochschulsektor werden eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben - etwa im Bereich Diversity, Nachhaltigkeit, Internationalisierung, Förderung der sozialen Durchlässigkeit oder Bemühungen um standortbezogene Arbeitskräftebereitstellung und Gründerinitiativen - übertragen, eine Aussage über die Finanzierung dieser breit gefächerten Zusatzaufgaben fehlt aber gänzlich. Ebenso unterbleibt jeder Ansatz, den Kostendruck der Hochschulen durch Maßnahmen der Entbürokratisierung und gleichzeitiger Stärkung der Autonomie zu verringern.
- Eine Flexibilisierung in der Studienplatzallokation soll möglich sein. Jedoch wurde dazu keinerlei Vorstellung entwickelt, diese Gestaltungs- und Optimierungsaufgabe von obrigkeitstaatlichen Organen weg in die Autonomie der Hochschulen zu übertragen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir fordern ein deutliches Zeichen, nämlich den umgehenden Stopp der Begutachtung, und bekräftigen unsere eingangs formulierte Forderung nach zeitnah startenden, ernsthaften Verhandlungen mit der Fachhochschul-Konferenz unter Einbindung der Sozialpartner und der ÖH.

Hochachtungsvoll



Mag.<sup>a</sup> Ulrike Prommer  
Präsidentin



Mag. Kurt Koleznik  
Generalsekretär